

Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2021/0577

Der Oberbürgermeister

V/63-630-we

Dezernat/Fachbereich/AZ

13.04.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen	26.04.2021	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	03.05.2021	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	04.05.2021	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	06.05.2021	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	17.05.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Stellplatzsatzung der Stadt Leverkusen

Beschlussentwurf:

Der beigefügte Entwurf der Stellplatzsatzung der Stadt Leverkusen wird gemäß der §§ 48 Abs. 3 und 89 Abs. 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. 2018 S. 241), in der zurzeit geltenden Fassung in Verbindung, mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994, in der zurzeit geltenden Fassung, als Satzung beschlossen.

gezeichnet:

Richrath

In Vertretung
Deppe

I) Finanzielle Auswirkungen im Jahr der Umsetzung und in den Folgejahren

Nein (sofern keine Auswirkung = entfällt die Aufzählung/Punkt beendet)

Ja – ergebniswirksam

Produkt: Sachkonto:
Aufwendungen für die Maßnahme: €
Fördermittel beantragt: Nein Ja %
Name Förderprogramm:
Ratsbeschluss vom zur Vorlage Nr.
Beantragte Förderhöhe: €

Ja – investiv

Finanzstelle/n: Finanzposition/en:
Auszahlungen für die Maßnahme: €
Fördermittel beantragt: Nein Ja %
Name Förderprogramm:
Ratsbeschluss vom zur Vorlage Nr.
Beantragte Förderhöhe: €

Maßnahme ist im Haushalt ausreichend veranschlagt

Ansätze sind ausreichend
 Deckung erfolgt aus Produkt/Finanzstelle
in Höhe von €

Jährliche Folgeaufwendungen ab Haushaltsjahr:

Personal-/Sachaufwand: €
 Bilanzielle Abschreibungen: €
Hierunter fallen neben den üblichen bilanziellen Abschreibungen auch einmalige bzw. Sonderabschreibungen.
 Aktuell nicht bezifferbar

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam) ab Haushaltsjahr:

Erträge (z. B. Gebühren, Beiträge, Auflösung Sonderposten): €
Produkt: Sachkonto

Einsparungen ab Haushaltsjahr:

Personal-/Sachaufwand: €
Produkt: Sachkonto

ggf. Hinweis Dez. II/FB 20:

II) Nachhaltigkeit der Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes:

Klimaschutz betroffen	Nachhaltigkeit	kurz- bis mittelfristige Nachhaltigkeit	langfristige Nachhaltigkeit
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

Begründung:

Aufgrund der Neufassung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen besteht für die Kommunen nunmehr die Möglichkeit, durch die Schaffung einer Stellplatzsatzung die Anzahl und Beschaffenheit von notwendigen PKW-Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen individuell zu regeln. Dies soll mit dem vorliegenden Entwurf einer Stellplatzsatzung der Stadt Leverkusen geschehen. Gleichzeitig wird mit dieser Satzung auch die bestehende Stellplatzablösesatzung der Stadt Leverkusen vom 26. Februar 2019 modifiziert und in die Stellplatzsatzung überführt.

Zielsetzung des vorliegenden Entwurfs ist die Berücksichtigung des städtischen Mobilitätskonzeptes 2030+, indem auf die verschiedenen Maßnahmen einer zukünftigen Parkraumstrategie sowie der Förderung neuer Mobilitätsformen eingegangen wurde. Der nun vorliegende Entwurf der Stellplatzsatzung reguliert den Stellplatzbedarf entsprechend der jeweiligen Lage und Verkehrsanbindung von Neubaumaßnahmen. Dabei sollen neben der ÖPNV-Anbindung auch weitere Maßnahmen (Radabstellanlagen, Mobilitätsmanagement, CarSharing, Fahrradverleihsysteme etc.) eine besondere Berücksichtigung finden. Insgesamt besteht hierdurch die Möglichkeit, im Rahmen der Bauleitplanung Einfluss auf Investoren zu nehmen und die Aufstellung von projektbezogenen Mobilitätsmanagementkonzepten zu unterstützen. Die Stellplatzsatzung stellt damit einen weiteren Schritt zur Umsetzung des beschlossenen Mobilitätskonzeptes dar.

Die Ergebnisse und Vorschläge des Workshops vom 19.01.2021 wurden - soweit rechtlich möglich - eingearbeitet. Der vorliegende Entwurf stellt den Einstieg in die Bestrebungen zur Förderung einer Mobilitätswende dar und muss daher in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Um diese Kontrolle zu realisieren, soll die Gültigkeit der Satzung durch das bereits zu Beginn festgelegte Datum des Außerkrafttretens befristet werden.

Begründung der einfachen Dringlichkeit:

Bedingt durch interne Abstimmungsbedarfe ist es erst jetzt möglich, die Vorlage einzubringen. Da eine Beschlussfassung noch in diesem Turnus angeraten ist, wird die Vorlage zum Nachtragstermin eingebracht.

Anlage/n:

- 01 Stellplatzsatzung Text
- 02 Stellplatzsatzung Anlage 1
- 03 Stellplatzsatzung Anlage 2
- 04 Stellplatzsatzung Anlage 3a
- 05 Stellplatzsatzung Anlage 3b
- 06 Stellplatzsatzung Anlage 3c

Stellplatzsatzung der Stadt Leverkusen

Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am [xx.xx.xxxx] folgende Satzung beschlossen:

Rechtsgrundlagen:

- §§ 48 Abs. 3 und 89 Abs. 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 – BauO NRW 2018) vom 21.07.2018 [GV. NRW. 2018 S. 421/ SGV. NRW. 232] in der zurzeit geltenden Fassung und
- § 7 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung.

§ 1 Geltungsbereich und Zuständigkeit

- (1) Die Satzung gilt für das gesamte Gebiet der Stadt Leverkusen.
- (2) Für Entscheidungen nach dieser Satzung ist die Untere Bauaufsichtsbehörde zuständig.

§ 2 Herstellungspflicht und Begriffe

(1) ¹Bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung baulicher Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeug oder Fahrrad zu erwarten ist, müssen Stellplätze (notwendige Kfz-Stellplätze) und Fahrradabstellplätze (notwendige Fahrradabstellplätze) hergestellt werden. ²Bei Änderungen oder Nutzungsänderungen gilt dies nur insoweit, falls ein Mehrbedarf an notwendigen Stellplätzen oder Fahrradabstellplätzen ausgelöst wird.

(2) ¹Stellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche dienen und die Mindestmaße der Sonderbauverordnung in der jeweils geltenden Fassung aufweisen. ²Hierzu zählen auch Garagen. ³Garagen sind ganz oder teilweise umschlossene Räume zum Abstellen von Kraftfahrzeugen. ⁴Fahrradabstellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Fahrrädern außerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche dienen, und die

1. von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen/Aufzüge entsprechend der geltenden Richtlinien barrierefrei, verkehrssicher und leicht erreichbar sind,
2. einen sicheren Stand der Fahrräder und deren Sicherung gegen Diebstahl ermöglichen,
3. einzeln leicht zugänglich sind und
4. eine Fläche von mindestens 1,5 m² pro Fahrrad zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche haben.

(3) ¹Notwendige Stellplätze und Fahrradabstellplätze müssen spätestens zum Zeitpunkt der Nutzungsaufnahme bzw. Benutzbarkeit der baulichen oder sonstigen Anlagen fertiggestellt sein. ²Notwendige Stellplätze können auch in Form von Garagen nachgewiesen werden.

(4) ¹Notwendige Stellplätze und Fahrradabstellplätze dürfen nicht zweckentfremdet werden. ⁴Zweck eines notwendigen Stellplatzes ist das Abstellen eines Kfz. ²Zweck eines notwendigen Fahrradabstellplatzes ist das Abstellen eines Fahrrads. ³Die Wahrung des zweckbestimmten Gebrauchs obliegt dem Eigentümer. ⁴§ 6 gilt entsprechend.

(5) Die Regelungen zur Herstellung von Stellplätzen für Menschen mit Behinderung, deren Anzahl sowie deren Anforderungen nach § 48 Abs. 2 Satz 1 Landesbauordnung NRW und §§ 13, 88 Sonderbauverordnung NRW in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt.

§ 3 Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze

(1) ¹Die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze ergibt sich aus Anlage 1 zu dieser Satzung und den nachfolgenden Regelungen. ²Alternativ kann ein Verkehrsgutachten oder ein vergleichbar aussagekräftiges Gutachten vom Bauherrn vorgelegt oder von der zuständigen Behörde eingefordert werden.

(2) ¹Für bauliche und sonstige Anlagen, deren Nutzungsart in Anlage 1 nicht aufgeführt ist, richtet sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem voraussichtlichen tatsächlichen Bedarf. ²Dabei sind die in Anlage 1 für vergleichbare Nutzungen festgesetzten Zahlen als Orientierungswerte heranzuziehen. ³Diese sind anschließend in einer Einzelfallberechnung von Seiten der zur Herstellung von Stellplätzen Verpflichteten zu überprüfen. ⁴Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) ¹Die Herstellungspflicht notwendiger Stellplätze kann, je nach Qualität der ÖPNV-Anbindung des betreffenden Standortes, wie folgt reduziert werden:

ÖPNV Qualität	Kriterien	Reduzierung notwendiger Stellplätze um...
sehr gut	<p>Haltepunkt des schienengebundenen Verkehrs*</p> <ul style="list-style-type: none"> - in max. 500 m fußläufiger Entfernung <p><i>oder</i></p> <p>Bushaltestelle mit Schnellbus-Direktanbindung an SPNV-Haltepunkt</p> <ul style="list-style-type: none"> - in max. 300 m fußläufiger Entfernung und - Fahrzeit zu einem SPNV-Haltepunkt max. 10 Minuten - Bedienung der Haltestelle durch Linienbusverkehr mind. alle 10 Minuten (Mo-Sa zwischen 06-19 Uhr) 	30 %
gut	<p>Bushaltestelle</p> <p><i>oder</i></p> <p>Haltepunkt Schlebusch (KVB Linie 4)</p> <ul style="list-style-type: none"> - in max. 300 m fußläufiger Entfernung - mind. 15 Minuten-Taktbedienung (Mo-Sa zwischen 06-19 Uhr) 	20 %
Haltepunkte mit Mobilstationen	<p>Mobilstation/Mobilpunkt</p> <ul style="list-style-type: none"> - vorgenannte ÖPNV-Haltepunkte der Qualitätsstufe „gut“, die zusätzlich als Mobilstationen (im Sinne der Mobil Station NRW) ausgebaut sind. 	5% zusätzlich

*mit Ausnahme des Haltepunkts Schlebusch (KVB Linie 4)

²Die Reduzierung notwendiger Stellplätze nach Satz 1 ist jeweils im Einzelfall durch den zur Herstellung notwendiger Stellplätze Verpflichteten bei Bauantrag nachzuweisen. ³Dieser Nachweis ist von der zuständigen Behörde zu prüfen.

(4) ¹Bei baulichen Anlagen mit verschiedenartigen Nutzungen bemisst sich die Anzahl der notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze nach dem größten gleichzeitigen Bedarf, wenn die wechselseitige Benutzung sichergestellt ist. ²§ 4 Abs. 1 gilt auch für die wechselseitige Nutzung.

(5) ¹Steht die Gesamtanzahl der nach Richtzahlentabelle in Anlage 1 ermittelten notwendigen Stellplätze und Fahrradabstellplätze in einem offensichtlichen Missverhältnis zum tatsächlichen Bedarf, so kann die sich ergebende Anzahl der Stellplätze und Fahrradabstellplätze entsprechend erhöht oder gemindert werden. ²Ein offensichtliches Missverhältnis ist durch den Bauherrn mittels Verkehrsgutachten oder eines gleichsam aussagekräftigen Gutachtens zu belegen.

(6) Ergeben sich bei der Ermittlung der Anzahl der Stellplätze oder der Fahrradabstellplätze Nachkommastellen, ist auf ganze Zahlen aufzurunden.

(7) ¹Entsteht in Folge einer Änderung oder Nutzungsänderung, die dem Wohnen dient, ein Mehrbedarf an notwendigen Stellplätzen, so muss der entstehende Mehrbedarf an notwendigen Stellplätzen nicht hergestellt zu werden, soweit nicht mehr als 50 m² Wohnfläche und nicht mehr als eine Wohneinheit durch die Nutzungsänderung oder die Änderung geschaffen werden. ²Sollten die vorgenannten Voraussetzungen überschritten werden, ist die Anzahl notwendiger Stellplätze vollumfänglich herzustellen. ³Die vorstehende Ausnahme kann nur einmal pro Grundstück in Anspruch genommen werden und ist als Baulast einzutragen.

(8) ¹Wird durch eine Änderung oder Nutzungsänderung in Gebietszone I dieser Satzung, die nicht dem Wohnen dient, ein Mehrbedarf an notwendigen Stellplätzen ausgelöst, so muss der entstehende Mehrbedarf nicht hergestellt werden, wenn der Mehrbedarf nicht mehr als zwei Stellplätze beträgt. ²Sollte diese Anzahl überschritten werden, ist die Anzahl notwendiger Stellplätze vollumfänglich herzustellen. ³Die vorstehende Ausnahme kann nur einmal pro Grundstück in Anspruch genommen werden und ist als Baulast einzutragen.

(9) Ist die Herstellung von Stellplätzen auf dem betreffenden Grundstück oder auf einem anderen Grundstück in zumutbarer Entfernung (siehe § 4 Abs. 1 & 4) aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, so ist die Möglichkeit zur Ablösung der notwendigen Stellplätze gemäß § 5 gegeben.

(10) ¹Die Pflicht zur Herstellung der notwendigen Stellplätze kann, gemäß den besonderen Maßnahmen der Anlage 2, um maximal 30 % ausgesetzt werden, solange und soweit nachgewiesen wird, dass der Stellplatzbedarf durch diese Maßnahmen nachhaltig verringert wird und soweit die in Anlage 2 definierten Voraussetzungen gegeben sind. ²Die besonderen Maßnahmen sind öffentlich-rechtlich zu sichern und vom Bauherrn bzw. Eigentümer eigenständig sowie laufend nachzuweisen. ³Wird eine Maßnahme nach Satz 1 über die gesamte Dauer einer befristeten Aussetzung vorgehalten, gilt die Stellplatzherstellungspflicht als erfüllt. ⁴Die Aussetzung ist zu widerrufen, wenn innerhalb des Aussetzungszeitraumes der Nachweis, dass die Voraussetzungen für die Aussetzung der Stellplatzpflicht erfüllt sind, nicht mehr erbracht wird. ⁵Der Widerruf der Aussetzung aufgrund der Nichtvorhaltung der vereinbarten besonderen Maßnahmen oder der Nichteinhaltung der Nachweispflicht zieht eine nachträgliche Herstellungs- oder Ablösepflicht nach sich. ⁶Notwendige Stellplätze sind vollständig herzustellen und nur, wenn eine Herstellung dieser unzumutbar wäre, abzulösen. ⁷Die Höhe der Ablösesumme bemisst sich an der zum Zeitpunkt des erstmaligen Entstehens der Herstellungspflicht) geltenden Höhe der Ablösesumme für notwendige Stellplätze und notwendige Fahrradabstellplätze nach § 5.

(11) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze kann gemäß Absatz 3 und Absatz 10 zusammengefasst um maximal 40 % reduziert werden.

§ 4 Anforderungen an Stellplätze und Fahrradabstellplätze

(1) ¹Stellplätze sind auf dem Baugrundstück oder in zumutbarer Entfernung (fußläufige Entfernung bei Wohngebäuden max. 300 m, bei Nicht-Wohngebäuden max. 500 m) davon auf einem geeigneten Grundstück, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist, herzustellen und dauerhaft zu unterhalten. ²Wenn Gründe des Verkehrs dies erfordern, kann im Einzelfall bestimmt werden, dass die Stellplätze auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück herzustellen sind.

(2) ¹Stellplätze und Fahrradabstellplätze müssen so angeordnet und ausgeführt werden, dass ihre Benutzung die Gesundheit nicht schädigt und Lärm oder Gerüche das Arbeiten und Wohnen, die Ruhe und die Erholung in der Umgebung nicht über das zumutbare Maß hinaus stören. ²Stellplätze sind nach der Verordnung über Bau und Betrieb von Sonderbauten (Sonderbauverordnung – SBauVO), in der jeweils gültigen Fassung, herzustellen.

(3) ¹Notwendige Stellplätze müssen ohne Überquerung anderer Stellplätze ungehindert erreichbar sein. ²Hintereinanderliegende notwendige Stellplätze sind nur bei Einfamilienhäusern zulässig.

(4) ¹Notwendige Fahrradabstellplätze sind auf dem Baugrundstück mit Nähe zum Eingangsbereich und nur in Ausnahmefällen in zumutbarer Entfernung (fußläufige Entfernung max. 100 m) davon auf einem geeigneten Grundstück, dessen Benutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert ist, herzustellen und dauerhaft zu unterhalten. ²Wenn Gründe des Verkehrs dies erfordern, kann im Einzelfall bestimmt werden, dass die Fahrradabstellplätze auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück herzustellen sind. ³Die soziale Kontrolle der Fahrradabstellplätze ist durch deren gute Einsehbarkeit und Beleuchtung zu gewährleisten. ⁴Notwendige Fahrradabstellplätze für den Besucheranteil einer Nutzung nach Anlage 1 müssen in Ergänzung zu § 2 Absatz 2 Satz 4

1. eine Anschließmöglichkeit für den Fahrradrahmen haben,
2. dem Fahrrad durch einen Anlehnbügel einen sicheren Stand ermöglichen,
3. mindestens im Abstand von 1,20 m voneinander angeordnet werden, wenn mehrere Anlehnbügel nebeneinander aufgestellt werden und
4. im Abstand von 1,50 m voneinander angeordnet werden, wenn die Doppelaufstellung von Fahrrädern an mehreren nebeneinander liegenden Anlehnbügeln ermöglicht werden soll.

⁵Notwendige Fahrradabstellplätze für Beschäftigte, Schüler, Studierende oder sonstige dauerhafte Nutzer einer Einrichtung nach Anlage 1 müssen darüber hinaus

1. ab einer Anzahl von 10 notwendigen Fahrradabstellplätzen überdacht werden und
2. bei jedem 11. notwendigen Fahrradabstellplatz eine zusätzliche Fläche von mindestens 1,5 m² zum Abstellen von Lastenrädern oder Kinderanhängern vorweisen, sodass sich eine Abstellfläche von insgesamt 3 m² zuzüglich der jeweils notwendigen Verkehrsfläche ergibt.

⁶Notwendige Fahrradabstellplätze für Bewohner sind in abschließbaren und witterungsgeschützten Räumen oder Fahrradboxen herzustellen und so zu dimensionieren, dass ein Einfahren, Ausfahren und Abstellen der Fahrräder ohne weitere Rangiervorgänge oder das Umräumen von anderen Fahrrädern möglich ist. ⁶Solche Räume oder Fahrradboxen sind in Ergänzung zu Absatz (5) mit Steckdosen (230 V) zum Aufladen von elektrisch unterstützten/betriebenen Fahrrädern auszustatten.

(5) Für notwendige Kfz-Stellplätze, die im Zusammenhang mit der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen herzustellen sind, gilt das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) in der jeweils gültigen Fassung.

(6) ¹Ab einer Anzahl von 20 notwendigen Fahrradabstellplätzen sind für mindestens 10% der herzustellenden Fahrradabstellplätze die Voraussetzungen für eine Elektrifizierung in Form von vorbereiteter Infrastruktur (Leerrohre) zu schaffen. ²§ 3 Abs. (6) gilt entsprechend.

§ 5 Ablösung

(1) ¹Ist die Herstellung notwendiger Stellplätze oder Fahrradabstellplätze aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, so kann auf die Herstellung von Stellplätzen oder Fahrradabstellplätzen verzichtet werden, wenn die zur Herstellung von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen Verpflichteten an die Stadt Leverkusen einen Ablösebetrag nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze zahlen.

(2) Die Herstellungskosten für notwendige Stellplätze betragen für die in Anlage 3a-c, die in der Fassung vom 26.03.2021 verbindliche Bestandteile der vorliegenden Satzung sind, aufgeführten Gebietszonen

- a) 23.000 EUR in der Gebietszone I und
- b) 15.000 EUR in allen weiteren Gebieten der Stadt Leverkusen.

(3) Vorbehaltlich der Regelungen der Abs. 4 und 6 beträgt der je Stellplatz zu zahlende Geldbetrag 100 vom Hundert der Herstellungskosten nach Abs. 2 und somit

- a) 23.000 EUR in der Gebietszone I und
- b) 15.000 EUR in allen weiteren Gebieten der Stadt Leverkusen.

(4) Ausnahmen von Abs. 3 bestehen bei

1. Vorhaben zur Schließung von Baulücken, die gemäß § 176 Baugesetzbuch mit einem Baugebot belegt werden können
2. Vorhaben in Sanierungsgebieten, für die eine Sanierungssatzung gemäß § 142 Baugesetzbuch besteht
3. Wohnbauvorhaben, die nach dem Wohnraum-Förderungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung gefördert werden
4. Baudenkmäler im Sinne des § 3 Denkmalschutzgesetz
5. Bauvorhaben, die für öffentliche Zwecke genutzt werden sollen
6. Änderungen und Nutzungsänderungen von gewerblich genutzten Gebäuden in der Gebietszone I

für die unter Zugrundelegung eines Vomhundertsatzes von 80 vom Hundert der Herstellungskosten der je Stellplatz zu zahlende Betrag von

- a) 18.400 EUR in den Gebietszonen I und
- b) 12.000 EUR in allen weiteren Gebieten der Stadt Leverkusen

gilt.

(5) Baulücken im Sinne des Abs. 4 Nr. 1 sind unbebaute oder geringfügig bebaute Grundstücke, die an einer im Übrigen in geschlossener Bauweise bebauten Straße zwischen anderen bebauten Grundstücken liegen und so innerhalb des Bildes der Bebauung eine nicht erhebliche Unterbrechung darstellen.

(6) ¹Liegen zwei oder mehr Voraussetzungen des Abs 4 Nr. 1 – 5 gleichzeitig vor, so beträgt der je Stellplatz zu zahlende Geldbetrag 50 vom Hundert der Herstellungskosten nach Abs. 2 und somit

- a) 11.500 EUR in den Gebietszonen I und

b) 7.500 EUR in allen weiteren Gebieten der Stadt Leverkusen.

(7) Die Höhe des Ablösungsbetrages für notwendige Fahrradabstellplätze ist gemäß der in Anlage 3a-c aufgeführten Gebietszonen mit

a) 1.000 EUR in den Gebietszonen I und

b) 600 EUR in allen weiteren Gebieten der Stadt Leverkusen

festgelegt.

(8) Der Ablösebetrag nach Absatz 1 ist zu verwenden

a) für die Herstellung zusätzlicher oder Aufwertung bestehender Parkeinrichtungen,

b) für die Herstellung von Parkleitsystemen,

c) für Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs,

d) für Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrradverkehrs,

e) für Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs,

f) für Maßnahmen des Mobilitätsmanagements oder

g) für Maßnahmen, die Bestandteil eines kommunalen oder interkommunalen Mobilitätskonzeptes sind.

(9) ¹Über die Ablösung entscheidet die zuständige Behörde. ²Die Ablösung lässt keine Rechte hinsichtlich Stellplätzen, Garagen und Fahrradabstellplätzen, die mit den Geldbeträgen geschaffen werden, entstehen. ³Es besteht kein Anspruch auf eine Ablösung.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 86 Abs. 1 Nr. 20 Landesbauordnung NRW handelt, wer entgegen § 2 Abs. (1) die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung einer baulichen oder sonstigen Anlage vornimmt, ohne den hierdurch ausgelösten Stellplatz- und Fahrradabstellplatzbedarf oder Mehrbedarf an notwendigen Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen in ausreichender Zahl hergestellt zu haben oder wer notwendige Stellplätze nach § 3 beseitigt oder zweckentfremdet.

(2) ¹Die Ordnungswidrigkeit wird im Sinne von § 86 Abs. 3 Landesbauordnung NRW mit einer Geldbuße in Höhe des vollständigen Ablösebetrages geahndet. ²Diese Geldbuße ist zusätzlich zu den entstehenden Herstellungskosten für die nachträglich herzustellenden Stellplätze oder Fahrradabstellplätze oder der nachträglichen Ablöse dieser fällig. ³Es liegt im Handlungsrahmen der zuständigen Behörde, die Geldbuße für jeden nicht hergestellten, beseitigten oder zweckentfremdeten Stellplatz oder Fahrradabstellplatz zu verlangen.

§ 7 Übergangsvorschrift

(1) Diese Satzung findet auf Bauvorhaben, bei denen der Bauantrag vor Inkrafttreten dieser Satzung bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist, nur dann Anwendung, wenn diese Satzung eine für den Bauherrn günstigere Regelungen enthält.

(2) Ist über die Zulässigkeit eines Vorhabens bereits durch Vorbescheid entschieden oder wird ein Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides vor Inkrafttreten dieser Satzung gestellt, so gilt Abs. 1 entsprechend, soweit sich der Vorbescheid auch auf die Lage oder Anzahl der Stellplätze erstreckt.

(3) Abweichende Regelungen in zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bestehenden Bebauungsplänen oder städtebaulichen Verträgen bleiben unberührt.

§ 8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Satzung tritt am 01.06.2021 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die „Satzung der Stadt Leverkusen über die Höhe der Ablösebeträge von Pkw-Stellplätzen – Stellplatzablösesatzung – vom 26. Februar 2019“ nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) und der §§ 48 Absatz 3 Satz 2 Nr. 8, 89 Absatz 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421) außer Kraft.

(2) Diese Satzung tritt am 31.12.2026 außer Kraft.

§ 9 Salvatorische Klausel

(1) ¹Sollten einzelne Regelungen dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Inkrafttreten dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen unberührt. ²An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung am nächsten kommt. ³Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Satzung als lückenhaft erweist.

Anlage 1: gesamtstädtische Richtzahlentabelle zu verschiedenen Nutzungen und Nutzungsarten

Nr.	Nutzungsart / Nutzung	Zahl der Pkw-Stellplätze	Zahl der Fahrradabstellplätze
		Richtzahlen für Leverkusen	Richtzahlen für Leverkusen
1	Wohngebäude und Wohnheime		
1.1	Ein- und Zweifamilienhäuser	1,5 je Wohneinheit	3 je Wohneinheit
1.2	Mehrfamilienhäuser (ab 3 WE)	1,2 je 100m ² BGF ¹	3 je 100m ² BGF ¹
1.3	Kinder- und Jugendwohnheime ⁴	1 Stellplatz je 8 Betten (davon 50% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 2 Betten (davon 20% Besucheranteil)
1.4	Pflegeheime ⁵ , Seniorenwohnheime ⁵ , Wohnheime für Menschen mit Be- hinderung ⁴	1 Stellplatz je 6 Betten (davon 50% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 10 Betten, jedoch mindestens 3 Abstellplätze (davon 50% Besucheranteil)
1.5	Studierenden- und sonstige Wohn- heime	1 Stellplatz je 3 Betten, jedoch min- destens 2 Stellplätze (davon 10% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je Bett (davon 10% Besucheranteil)
2	Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen		
2.1	Büro- und Verwaltungsgebäude (all- gemein)	1 Stellplatz je 35 m ² Nutzfläche ² (davon 10% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 30 m ² Nutzfläche ² (davon 10% Besucheranteil)
2.2	Großraumbüros (hohe Beschäftigtendichte)	1 Stellplatz je 25 m ² Nutzfläche ² (davon 10% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 25 m ² Nutzfläche ² (davon 10% Besucheranteil)
2.3	Gebäude mit erheblichem Besu- cher/innenverkehr (Schalter- Abfer- tigungs- oder Beratungsräume, Arzt- praxen o.Ä.)	1 Stellplatz je 25 m ² Nutzfläche ² , je- doch mindestens 3 Stellplätze (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 20 m ² Nutzfläche ² (davon 75% Besucheranteil)
3	Verkaufsstätten		
3.1	Verkaufsstätten des täglichen Be- darfs bis 800 m ² Verkaufsfläche	1 Stellplatz je 40 m ² Verkaufsnutzflä- che ³ , jedoch mindestens 2 Stellplätze (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 40 m ² Verkaufsnutzflä- che ³ (davon 75% Besucheranteil). Ab einer Anzahl von 10 notwendigen Fahr- radabstellplätzen ist für jeden 10. Fahrradabstellplatz eine Fläche von mind. 2,5 m ² für das Abstellen von Las- tenrädern vorzusehen.
3.2	Verkaufsstätten des täglichen Be- darfs mit mehr als 800 m ² Verkaufs- fläche	1 Stellplatz je 20 m ² Verkaufsnutzflä- che ³ (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 50 m ² Verkaufsnutzflä- che ³ (davon 75% Besucheranteil) Ab einer Anzahl von 10 notwendigen Fahr- radabstellplätzen ist für jeden 10. Fahrradabstellplatz eine Fläche von mind. 2,5 m ² für das Abstellen von Las- tenrädern vorzusehen.
3.3	Sonstige Verkaufsstätten bis 800 m ² Verkaufsfläche	1 Stellplatz je 50 m ² Verkaufsnutzflä- che ³ , jedoch mindestens 2 Stellplätze (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 50 m ² Verkaufsnutzflä- che ³ (davon 75% Besucheranteil)

3.4	Sonstige Verkaufsstätten mit mehr als 800 m ² Verkaufsfläche	1 Stellplatz je 30 m ² Verkaufsnutzfläche ³ (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 60 m ² Verkaufsnutzfläche ³ (davon 75% Besucheranteil)
3.3	Verkaufsstätten mit großen Ausstellungsflächen (z.B. Autohäuser, Möbelfhäuser etc.)	1 Stellplatz je 75 m ² Verkaufsnutzfläche ³ (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 175 m ² Verkaufsnutzfläche ³ (davon 75% Besucheranteil)
4	Versammlungsstätten außer Sportstätten, Kirchen		
4.1	Versammlungsstätten	1 Stellplatz je 8 Sitzplätze (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 15 Sitzplätze (davon 90% Besucheranteil)
5	Sportstätten		
5.1	Sportplätze	1 Stellplatz je 250 m ² Sportfläche, zusätzlich 1 Stellplatz je 8 Zuschauer-/Besucherplätze	1 Abstellplatz je 250 m ² Sportfläche, zusätzlich 1 Abstellplatz je 15 Zuschauer-/Besucherplätze
5.2	Spiel- und Sporthallen	1 Stellplatz je 50 m ² Hallenfläche, zusätzlich 1 Stellplatz je 8 Zuschauer-/Besucherplätze	1 Abstellplatz je 50 m ² Hallenfläche, zusätzlich 1 Abstellplatz je 15 Zuschauer-/Besucherplätze
5.3	Hallenbäder	1 Stellplatz je 8 Kleiderablagen, zusätzlich 1 Stellplatz je 8 Besucher-/Zuschauerplätze	1 Abstellplatz je 8 Kleiderablagen, zusätzlich 1 Abstellplatz je 8 Zuschauer-/Besucherplätze
5.4	Fitnesscenter	1 Stellplatz je 15 m ² Sportfläche (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 15 m ² Sportfläche (davon 90% Besucheranteil)
5.5	Tennisanlagen	1 Stellplatz je Spielfeld, zusätzlich 1 Stellplatz je 10 Besucher-/Zuschauerplätze	1 Abstellplatz je Spielfeld, zusätzlich 1 Abstellplatz je 20 Zuschauer-/Besucherplätze
6	Gaststätten, Vergnügungsstätten und Beherbergungsbetriebe		
6.1	Gaststätten und Restaurants	1 Stellplatz je 10 m ² Gastraum (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 10 m ² Gastraum (davon 75% Besucheranteil)
6.2	Schnellrestaurants	1 Stellplatz je 18 m ² Nutzfläche ² (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 40 m ² Nutzfläche ² (davon 90% Besucheranteil)
6.3	Hotels, Pensionen, Kurheime und andere Beherbergungsbetriebe	1 Stellplatz je 3 Betten (davon 75% Besucheranteil), für zugehörige Restaurationsbetriebe Zuschlag nach 6.1	1 Abstellplatz je 10 Betten, jedoch mindestens 4 Abstellplätze (davon 25% Besucheranteil), für zugehörige Restaurationsbetriebe Zuschlag nach 6.1
6.4	Tanzlokale, Diskotheken	1 Stellplatz je 8 m ² Gastraum (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 20 m ² Gastraum (davon 90% Besucheranteil)
6.5	Sonstige Vergnügungsstätten	1 Stellplatz je 25 m ² Nutzfläche ² , mindestens jedoch 3 Stellplätze (davon 75% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 25 m ² Nutzfläche ² , jedoch mindestens 3 Abstellplätze (davon 75% Besucheranteil)
7	Krankenhäuser und Kliniken		
7.1	Krankenhäuser, Kliniken und Kureinrichtungen	1 Stellplatz je 4 Betten (davon 60% Besucheranteil), zusätzlich 1 Stellplatz je 20 m ² Nutzfläche bei integrierten Einrichtungen die zusätzlichen Besucherverkehr	1 Abstellplatz je 20 Betten (davon 20% Besucheranteil), zusätzlich 1 Abstellplatz je 30 m ² Nutzfläche bei integrierten Einrichtungen

		auslösen (z.B. Arztpraxen, Notaufnahmen, Beratungseinrichtungen, etc.)	die zusätzlichen Besucherverkehr auslösen (z.B. Arztpraxen, Notaufnahmen, Beratungseinrichtungen, etc.)
8	Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendförderung		
8.1	Kindergärten, Kindertagesstätten	1 Stellplatz je 12 Kinder, jedoch mindestens 2 Stellplätze (davon 60% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 8 Kinder, jedoch mindestens 2 Abstellplätze (davon 60% Besucheranteil und 50% mit min. 2,5m ² Rangierfläche)
8.2	Grundschulen	1 Stellplatz je 24 Schüler	1 Abstellplatz je 2 Schüler
8.3	Sonstige allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen	1 Stellplatz je 24 Schüler, zusätzlich 1 Stellplatz je 8 Schüler ab 18 Jahren	1 Abstellplatz je 2 Schüler
8.4	Förderschulen	1 Stellplatz je 12 Schüler	1 Abstellplatz je 12 Schüler
8.5	Fachhochschulen, Universitäten	1 Stellplatz je 4 Studierende	1 Abstellplatz je 3 Studierende
8.6	Sonstige Fortbildungseinrichtungen	1 Stellplatz je 6 mögliche Teilnehmerplätze (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 4 mögliche Teilnehmerplätze (davon 90% Besucheranteil)
8.7	Jugendzentren	1 Stellplatz je 150m ² Nutzfläche ² (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 12m ² Nutzfläche ² (davon 90% Besucheranteil)
9	Gewerbliche Anlagen		
9.1	Handwerks- und Industriebetriebe		
9.1.1	Nutzungen mit geringer Beschäftigtendichte z.B. logistische Einrichtungen, Lagerhallen, Bauhöfe, Nahrungsmittelproduktion, Ausstellungen- und Verkaufsflächen; Anhaltspunkt: bis maximal 100 Beschäftigte pro ha Nutzfläche	1 Stellplatz je 3 Beschäftigte oder wenn unbekannt je 125m ² Nutzfläche ² (davon 10% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 3 Beschäftigte oder wenn unbekannt je 200m ² Nutzfläche ² (davon 10% Besucheranteil)
9.1.2	Nutzungen mit durchschnittlicher Beschäftigtendichte z.B. Produktion der Elektro-, Telekommunikations- und Medizintechnik; Anhaltspunkt: von 100 bis 200 Beschäftigte pro ha Nutzfläche	1 Stellplatz je 3 Beschäftigte oder wenn unbekannt je 50m ² Nutzfläche ² (davon 15% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 3 Beschäftigte oder je 100m ² Nutzfläche ² (davon 15% Besucheranteil)
9.1.3	Nutzungen mit hoher Beschäftigtendichte z.B. Handwerksbetriebe, Druckerei, Produktion von Sicherheitstechnik, Autozulieferer; Anhaltspunkt: ab 200 Beschäftigte pro ha Nutzfläche	1 Stellplatz je 3 Beschäftigte oder wenn unbekannt je 30m ² Nutzfläche ² (davon 20% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 3 Beschäftigte oder wenn unbekannt je 50m ² Nutzfläche ² (davon 20% Besucheranteil)
9.2	Kraftfahrzeugwerkstätten	6 Stellplätze je Wartungs- oder Reparaturstand	1 Abstellplatz je 6 Wartungs- oder Reparaturstände, jedoch mindestens 3 Abstellplätze
9.3	Tankstellen	1 Stellplatz, mit Verkaufsstätte zusätzliche Stellplätze nach 3.1	1 Abstellplatz, mit Verkaufsstätte zusätzlich Abstellplätze nach 3.1
10	Verschiedenes		

10.1	Kleingartenanlagen	1 Stellplatz je 3 Kleingärten (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 8 Kleingärten (davon 90% Besucheranteil)
10.2	Begräbnisstätten (z.B. Friedhöfe)	1 Stellplatz je 1.250 m ² Grundstücksfläche, jedoch mindestens 10 Stellplätze (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 1.250 m ² Grundstücksfläche, jedoch mindestens 4 Abstellplätze je Eingang (davon 90% Besucheranteil)
10.3	Sonnenstudios	1 Stellplatz je 4 Sonnenbänke, jedoch mindestens 2 Stellplätze (davon 90% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 4 Sonnenbänke, jedoch mindestens 2 Abstellplätze (davon 90% Besucheranteil)
10.4	Museen und Ausstellungsgebäude	1 Stellplatz je 175 m ² Ausstellungsfläche (davon 80% Besucheranteil)	1 Abstellplatz je 125 m ² Ausstellungsfläche, jedoch mindestens 5 Abstellplätze (davon 80% Besucheranteil)

¹Der Begriff der BGF (Bruttogrundfläche) ist grundsätzlich gemäß der Regelung der DIN 277 zu definieren (Bruttogrundfläche = Summe der Grundflächen aller Grundrissebenen eines Bauwerks mit Nutzungen nach DIN 277-2:2005-02, Tabelle 2 Nr.1 – 9, und deren konstruktive Umschließung). Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass für die hier erforderliche Betrachtung die VF (Verkehrsfläche) von der BGF (Bruttogrundfläche) abgezogen werden muss (da sonst Stellplätze für Verkehrsflächen hergestellt werden würden).

²Der Begriff Nutzfläche ist grundsätzlich entsprechend der Regelung der DIN 277 zu definieren (Nutzfläche = Summe der Grundfläche mit Nutzungen (derjenige Teil der Netto-Raumfläche [NRF], der der Nutzung des Bauwerks aufgrund seiner Zweckbestimmung dient)

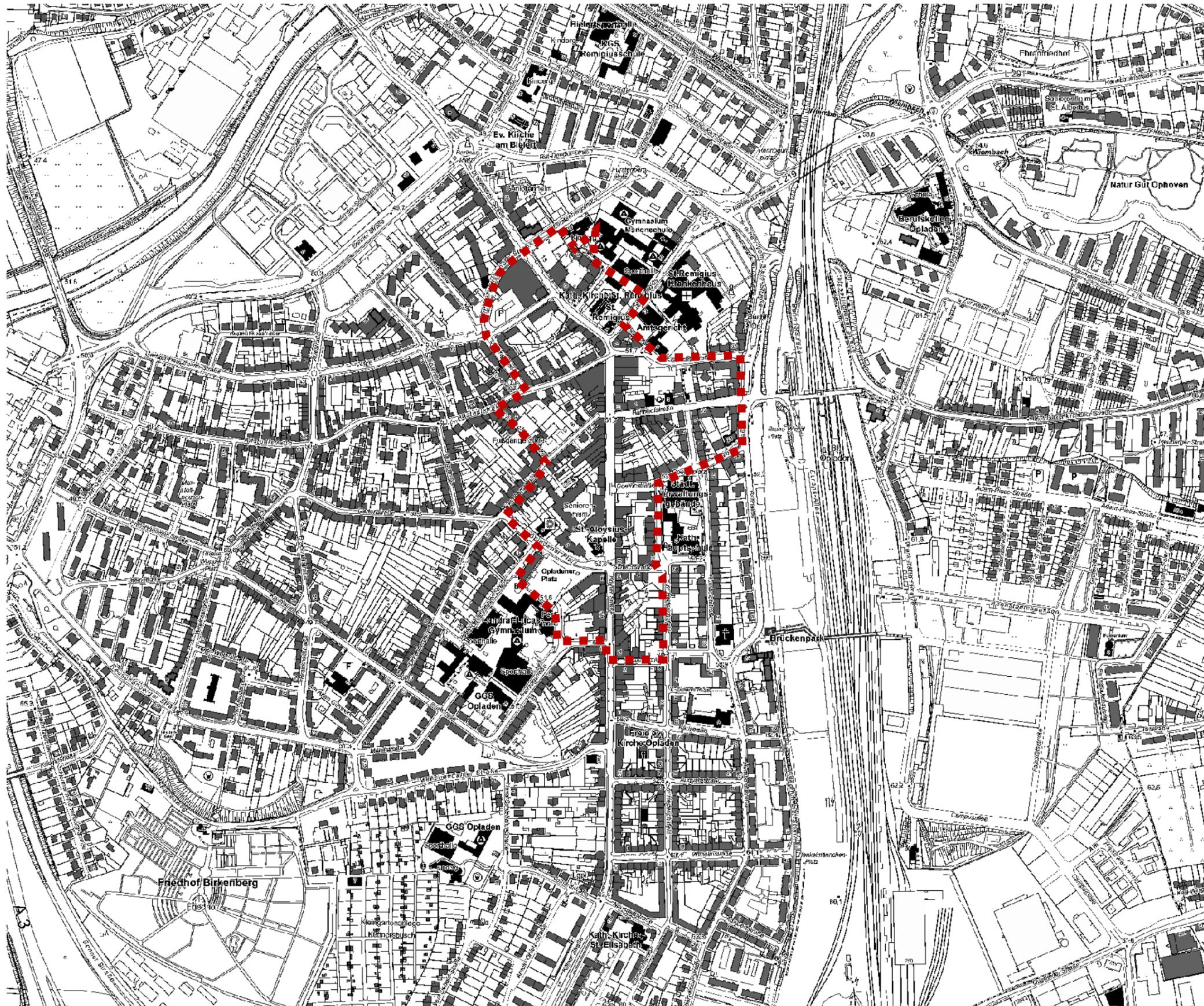
³Grundfläche aller dem Kundenverkehr dienenden Räume mit Ausnahme von Fluren, Treppenträumen, Toiletten, Waschräumen und Garagen

⁴Grundlage ist der Betreuungsschlüssel gemäß der Allgemeinen Leistungsvereinbarung nach § 7 des Rahmenvertrages II NRW (Anlage II): 1 Betreuer je 1-8 Kindern; plus weiteres Personal (Heimleitung, Hausmeister, Reinigung, Hauswirtschaft, Verwaltung, Zivildienstleistende, Teilnehmende am FSJ)

⁵Grundlage ist der Betreuungsschlüssel gemäß Übergangsregelung nach § 92c SGB XI für vollstationäre Pflegeeinrichtungen: 1 Pflegekraft je 2-8 Personen (je nach Pflegestufe). Bei Seniorenwohnheimen ohne Pflegebedarf können die Zahlen ggf. abweichen.

Anlage 2: Besondere Maßnahmen zur Verringerung des Stellplatzbedarfs

Besondere Maßnahme zur Verringerung des Stellplatzbedarfs	Reduzierung der Anzahl notwendiger Kfz-Stellplätze sowie Anwendbarkeit
<p>ÖPNV-Vergünstigungen</p> <p>Angebot von vergünstigten Ticketformen für die hauptsächlich Nutzenden der Stellplätze des Bauvorhabens. Mögliche Ticketformen: JobTicket, SemesterTicket oder andere Vergünstigungen von Zeitkarten.</p>	<p>Bis zu 10%</p> <p>Anwendbar auf Anlagen mit einer nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten Anzahl notwendiger Stellplätze von mindestens 20.</p>
<p>Radverkehrsförderung</p> <p>Vorhalten besonderer Serviceangebote für Radfahrende am bzw. im Bauvorhaben. Mögliche Angebote: Werkzeugstation, Reparaturmöglichkeiten, qualifizierte Abstellanlagen (z.B. abschließbare Abstellmöglichkeiten wie Fahrradboxen oder Fahrradkäfige, Vorrichtungen für Spezialräder), Spinde, Umkleiden, Duschen, Trockenräume, Fahrradwaschanlagen, o.ä..</p>	<p>Bis zu 5%</p> <p>Anwendbar auf Anlagen mit einer nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten Anzahl notwendiger Stellplätze von mindestens 20.</p>
<p>Förderung Fahrradverleih</p> <p>Vorhalten und Betrieb einer in das bestehende Verleihsystem der wupsi GmbH integrierten Fahrradverleihstation auf dem Baugrundstück.</p>	<p>Bis zu 5%</p> <p>Anwendbar auf Anlagen mit einer nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten Anzahl notwendiger Stellplätze von mindestens 20.</p>
<p>Schaffung von Fahrradabstellplätzen</p> <p>Nach §48 Abs. 3 besteht die Möglichkeit bis zu einem Viertel der notwendigen Kfz-Stellplätze durch die Schaffung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen zu ersetzen. Dabei müssen für jeden ersetzten Kfz-Stellplatz vier Fahrradabstellplätze hergestellt werden.</p>	<p>Ersatz von je einem notwendigen Kfz-Stellplatz durch vier zusätzliche Fahrradabstellplätze. Anwendbar auf maximal 10% der nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten notwendigen Kfz-Stellplätze. Notwendige Fahrradabstellplätze können keine Kfz-Stellplätze ersetzen.</p>
<p>Förderung Carsharing</p> <p>Vorhalten von Stellplätzen sowie Fahrzeugen für ein Carsharing-Angebot auf dem Baugrundstück in Verbindung mit vergünstigten Zugriffsmöglichkeiten für die Beschäftigten / Bewohnenden / sonstigen Nutzenden des Bauvorhabens. Das Carsharing-Angebot ist, soweit möglich, in vorhandene Systeme zu integrieren.</p>	<p>Je Carsharing-Fahrzeug inkl. reserviertem Stellplatz Ersatz von 3 notwendigen Kfz-Stellplätzen. Anwendbar auf Anlagen mit einer nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten Anzahl notwendiger Stellplätze von mindestens 10. Anwendbar auf maximal 10% der nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten notwendigen Kfz-Stellplätze.</p>
<p>Parkraumbewirtschaftung</p> <p>Bewirtschaftung der Kfz-Stellplätze des Bauvorhabens zu Kosten von mindestens 25 € im Monat (nicht überdachte Stellplätze) und mindestens 50€ im Monat (überdachte Stellplätze). Tagesparkberechtigungen sind zu Kosten von 1/20 der Kosten für Monatsparkberechtigungen zu erhalten. Kostenfreies Parken ist bei einer Dauer von maximal 3h möglich.</p>	<p>Bis zu 5%</p> <p>Anwendbar auf Anlagen, die nicht der Wohnnutzung dienen und einer nach Richtzahlentabelle (siehe Anlage 1) ermittelten Anzahl notwendiger Stellplätze von mindestens 10.</p>



Kommunale Stellplatzsatzung für die Stadt Leverkusen

Anlage 3a
Gebietszonen Stellplatzabläöse
-Gebietszone Opladen-

Legende

■ ■ ■ ■ Abgrenzung Gebietszone I



Stadt Leverkusen

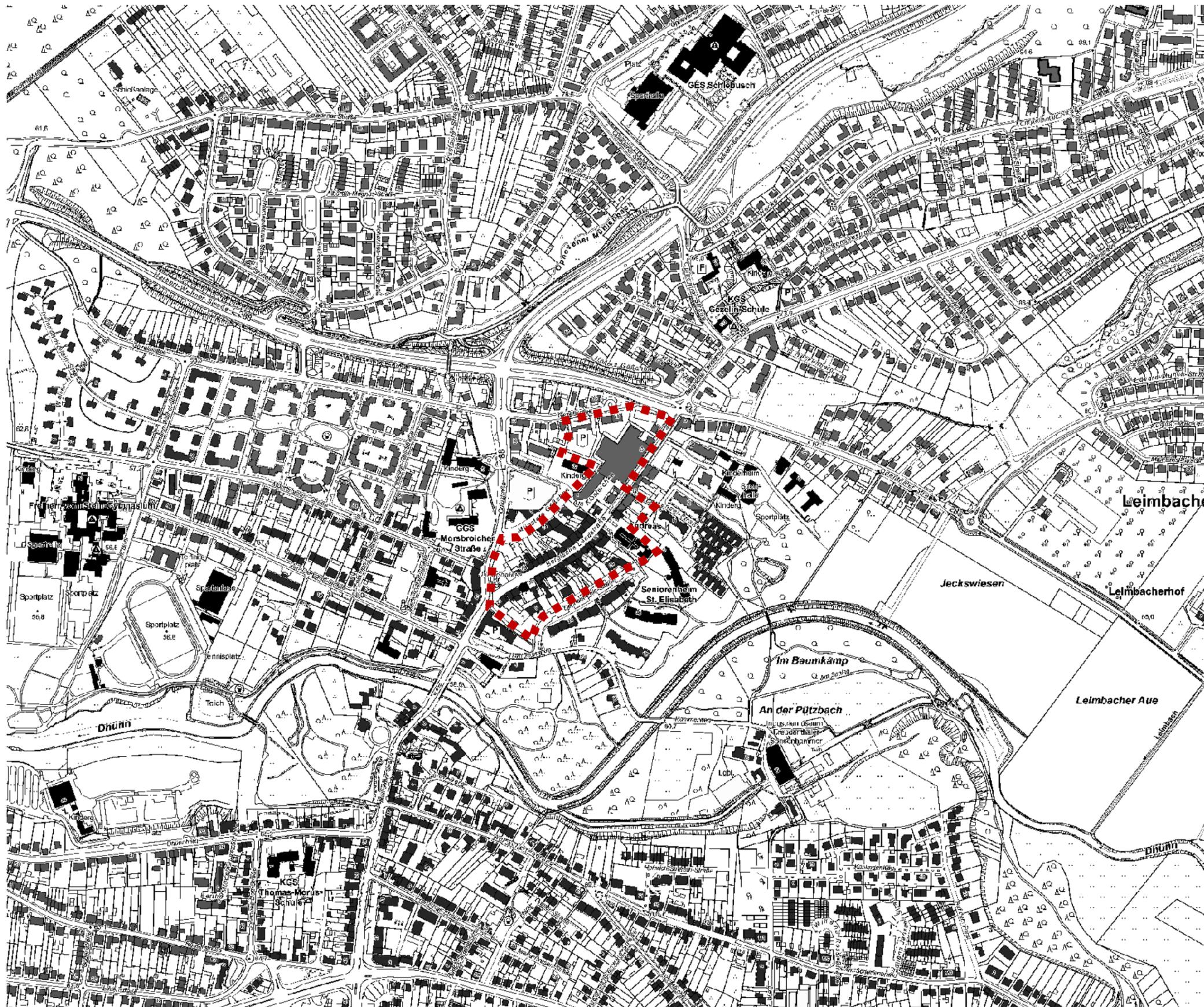


Planersocietät



Grundlage: Stadt Leverkusen 2021

Stand: März 2021



Kommunale Stellplatzsatzung für die Stadt Leverkusen

Anlage 3b
Gebietszonen Stellplatzablässe
-Gebietszone Schlebusch-

Legende

■ ■ ■ ■ Abgrenzung Gebietszone I



Stadt Leverkusen



Planersocietät



Grundlage: Stadt Leverkusen 2021

Stand: März 2021

